

Factsheet Ukraine

Juni 2024

1 Fact & Figures

Gesamtbevölkerung:

[zwischen 33 und 35 Millionen](#) (2024) für das ukrainische Gebiet mit Krim, Luhansk, Donezk, Saporischschja und Kherson, [31 Millionen](#) im von der Ukraine kontrollierten Gebiet.

Sprachen: Die [offizielle Sprache ist Ukrainisch](#). Es wird von 72% der Bevölkerung gesprochen. 22% der Bevölkerung sprechen Russisch. Weitere Minderheitensprachen: Rumänisch, Bulgarisch, Ungarisch und Weissrussisch. Das Thema Sprache ist [politisch stark aufgeladen](#).



Karte : [Al-Jazeera](#), 29. Mai 2024

Ethnische

Zusammensetzung: [Gemäss der letzten Volkszählung von 2001](#) sind 77,8% Ukrainer*innen und 17,3% Russ*innen. Weitere ethnische Minderheiten: Krimtataren 0,5%, Bulgar*innen 0,4%, Ungar*innen 0,3%, Jüd*innen 0,2%, Rom 0,1%. [Minderheitenfragen sind seit 2014 politisch stark aufgeladen](#). Es fehlen genaue aufgeschlüsselte Daten.

Religion: Christentum (orthodox und uniert katholisch).

Regierung: [Republik mit einem präsidential-parlamentarischem Regierungssystem](#). Wolodymyr Selenskyj wurde im Jahr 2019 für fünf Jahre zum Präsidenten gewählt. Die für Ende März 2024 vorgesehenen Wahlen wurden [vom Parlament mit der Begründung verschoben](#), dass sich das Land noch immer im Krieg befinde und unter Kriegsrecht stehe.

2 Risikoprofile

Von der Ukraine kontrollierte Gebiete:

- **Personen, die verdächtigt werden, die territoriale Integrität der Ukraine zu untergraben oder die selbsternannten Republiken Donezk oder Luhansk zu unterstützen**, sind gefährdet, von den ukrainischen Streitkräften, regierungsnahen Milizen oder dem ukrainischen Geheimdienst (SBU) [gewaltsam verschleppt, willkürlich festgenommen und misshandelt zu werden](#), was bis hin zu Folter gehen kann.
- **Personen, die der Zusammenarbeit mit einem «Aggressorstaat», seiner Verwaltung und seinen Streitkräften oder paramilitärischen Verbänden für schuldig**

gesprochen wurden, müssen mit einer [Haftstrafe zwischen 10 und 12 Jahren rechnen](#). Sie können auch [entlassen](#) werden. Es wurden etwa [8000 Verfahren gegen ukrainische Bürger*innen eröffnet](#). 2023 wurden in der Ukraine [326 Verräter*innen und 793 Kollaborateur*innen verurteilt](#).

- **Deserteure und Personen, die den Gehorsam verweigern:** [Gesetzlich](#) vorgesehen sind Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren für Wehrdienstverweigerung und zwölf Jahren für Fahnenflucht. Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen drohen [Freiheitsstrafen](#).
- **Journalist*innen und Medien** werden belästigt und [bedroht](#).
- **Frauen:** von [häuslicher Gewalt bedroht](#), insbesondere in den [östlichen](#) vom [Konflikt](#) betroffenen Landesteilen der Ukraine.
- **LGBTQI+-Aktivist*innen** werden regelmässig von rechtsextremen Gruppen [angegriffen](#) und mit Hassreden konfrontiert. [Untersuchungen der Polizei bei Hassverbrechen verlaufen im Sand](#).
- **Roma** wurden bereits vor dem Krieg [diskriminiert und angegriffen](#). Eingeschränkter Zugang zu Schutz und Unterstützung in Europa aufgrund von [rassistischer Diskriminierung und fehlender Dokumente \(10-20% sind staatenlos oder von Staatenlosigkeit bedroht\)](#).

Von Russland besetzte/kontrollierte Gebiete:

- **Personen, die verdächtigt werden, pro-ukrainisch zu sein, oder [die sich weigern, mit den russischen Streitkräften zusammenzuarbeiten](#):** In [von den russischen Streitkräften kontrollierten Gebieten](#) werden sie [gewaltsam verschleppt, willkürlich inhaftiert und misshandelt](#), was bis hin zu Folter gehen kann. Davon betroffen sind insbesondere [lokale Beamte*innen](#), Aktivist*innen, [Lehrer*innen](#) und Menschenrechtsverteidiger*innen.
- **Journalist*innen und Medienschaffende** werden [belästigt, entführt und physisch angegriffen](#).
- **Kinder:** Opfer von [Entführungen und illegalen Verschleppungen](#) in die von Russland besetzten Gebiete.
- **Frauen:** sexuelle Gewalt und [Vergewaltigungen durch russische Streitkräfte](#).
- **LGBTQI+-Personen:** In der Region Krim sowie in den Regionen Donezk, Luhansk, Kherson und Saporischschja, die im September 2022 von Russland annektiert wurden, werden [die russischen Gesetze, die «homosexuelle Propaganda» verbieten](#), angewendet.
- **Zivilpersonen, einschliesslich ukrainischer Bürger*innen**, werden für die russische Armee [zwangsrekrutiert](#).
- **Aktivist*innen der Krimtataren:** [Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung, Diskriminierung, Stigmatisierung und Zwangsrekrutierung](#).
- **Mitglieder religiöser Gruppen oder politischer religiöser Organisation auf der Krim:** Mitglieder der [Zeugen Jehovas, der Orthodoxen Kirche der Ukraine und Hizb ut-Tahrir](#) werden verfolgt und eingeschüchtert.

3 Jüngste Entwicklungen

Invasion der Ukraine durch russische Streitkräfte im Februar 2022. Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive im Sommer 2023. 2024 übernahmen die russischen Streitkräfte erneut die militärische Initiative. Am 24. Februar 2022 [befahl Präsident Putin die Invasion der Ukraine](#). Zu Beginn eroberten die russischen Streitkräfte erhebliche Gebiete, und im März 2022 kontrollierten sie fast ein Viertel des ukrainischen Territoriums. Ende

August gelang es den ukrainischen Streitkräften durch eine [Gegenoffensive](#), einen Teil der Gebiete zurückzuerobern. Seit 2023 konzentrieren sich die Kämpfe auf die westliche Grenze von Donbass, insbesondere [Bachmut](#), wo es zu intensiven Kämpfen mit hohen menschlichen Verlusten auf beiden Seiten kommt. Eine erneute [ukrainische Gegenoffensive](#) vom Juni stiess auf starken russischen Widerstand und führte nur zu geringen Gebietsgewinnen. Die Ukraine konnte Erfolge bei Angriffen gegen [Schiffe der russischen Flotte](#) im Schwarzen Meer verzeichnen, aber Russland scheint auf dem Schlachtfeld die Oberhand gewonnen zu haben. Im Februar 2024 gab Russland nach monatelangen intensiven Angriffen an, [Avdiivka](#) erobert zu haben, eine strategisch gelegene Industriestadt in der Region Donezk. Anfang Mai begann die russische Armee eine [Überraschungsoffensive in der Region Kharkiv](#) im Norden des Landes. Es gelang ihnen, die Nordgrenze zu durchbrechen und [mehrere Dörfer](#) unter ihre Kontrolle zu bringen. Dadurch wurde die Ukraine dazu gezwungen aufzurüsten und zu versuchen, ihre geschwächten Positionen zu verteidigen. Eine dritte aktive Front befindet sich im Südosten von Saporischschja, wo die ukrainischen Streitkräfte unter Druck stehen. Im Mai erklärten die russischen Streitkräfte, [Robotyne zurückerobert](#) zu haben, eine Stadt in Trümmern, die von der Ukraine während ihrer Gegenoffensive im Jahr 2023 symbolisch zurückgewonnen wurde.

Hohe menschliche Verluste auf beiden Seiten. Bis Anfang Dezember 2023 wurden laut dem amerikanischen Geheimdienst ungefähr [315'000 russische Soldaten getötet oder verletzt](#). Die britische Regierung schätzt die Zahl sogar auf [450'000](#). Laut BBC wurden mindestens [50'000 russische Soldaten](#) getötet. Auf ukrainischer Seite räumte Präsident Selenskyi im Februar 2024 ein, dass [31'000 Soldaten gefallen seien](#), aber laut [anderen Schätzungen](#) könnte diese Zahl 70'000 übersteigen.

Neues Mobilisierungsgesetz. Im April 2024 verabschiedete das ukrainische Parlament mehrere [Gesetze zur Verstärkung der Armeetruppen](#). Neben der Senkung des Mindestalters für die Einberufung von 27 auf 25 Jahre können mit dem überarbeiteten Gesetz Wehrpflichtige im Land leichter identifiziert werden. Ukrainische Männer, die im Ausland leben, müssen ihre Telefonnummer und E-Mail-Adresse aktualisieren. Sie müssen künftig ihre [militärischen Registrierungsdokumente vorweisen, wenn sie konsularische Dienste](#) wie eine Passverlängerung in Anspruch nehmen möchten. [Personen, die sich der obligatorischen Rekrutierung entziehen, können nun von den militärischen Rekrutierungsbehörden strafrechtlich verfolgt werden.](#) Denjenigen, die sich nicht rechtzeitig für ihre Vorladung melden, kann das Fahren von Fahrzeugen untersagt werden. Im Mai unterschrieb Präsident Selenskyi ein [Gesetz, mit dem die Strafen für Wehrdienstverweigerung verfünffacht werden.](#)

Mehr als 14 Millionen Menschen vertrieben, davon mehr als 6,5 Millionen Menschen Flüchtlinge. Seit Beginn der russischen Invasion haben fast [14 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Davon leben mehr als 6,5 Millionen Menschen als Flüchtlinge in Europa oder anderswo.](#) Die IOM schätzte die Zahl der [Binnenvertriebenen Ende 2023 auf 3,7 Millionen.](#) Die Zahl der [Rückgekehrten schätzt die IOM auf 4,4 Millionen,](#) wobei dazu Rückgekehrte aus dem Ausland und Binnenvertriebene gehören.

4 Menschenrechtsverletzungen

Schwere Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts. Die russische Invasion und Besetzung führten 2023 und 2024 laut [OHCHR](#) weiter zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären

Völkerrechts. Im Konflikt gebe es bis jetzt mindestens 33'000 zivile Opfer. [10'900 seien getötet und mehr als 21'000 verletzt worden](#). Die [russischen Luftangriffe auf wichtige Energieinfrastrukturen](#) wurden auch 2023 und 2024 fortgesetzt. Das OHCHR hält fest, dass die [Dörfer und Gemeinschaften nahe der Frontlinie besonders von diesen Angriffen betroffen waren](#). Dadurch hatten sie keinen Strom und keine Heizung im Winter. Diese Dörfer, insbesondere Kupiansk, Avdiivka und Kherson, seien auch von der Intensivierung der Kämpfe, dem Abfeuern von Granaten und dem Einsatz von Sprengstoffwaffen mit grosser Reichweite betroffen gewesen. Die ukrainischen Behörden [mussten die Dörfer](#) nahe der Frontlinie evakuieren. Die [tödlichen Angriffe](#) der ukrainischen Streitkräfte kosteten ebenfalls vielen Zivilist*innen in den besetzten Gebieten das Leben.

Misshandlungen und Hinrichtung von Kriegsgefangenen. Das OHCHR dokumentierte durch russische Streitkräfte verübte [Folter und allgemeine Misshandlungen](#) gegen ukrainische Kriegsgefangene, die häufig nicht den internationalen Standards entsprechend untergebracht seien. Die russischen Streitkräfte werden auch beschuldigt, ukrainische Kriegsgefangene hingerichtet zu haben. Das OHCHR dokumentierte auch Fälle von Folter und Misshandlungen gegen russische Kriegsgefangene durch ukrainische Streitkräfte.

Systematische Menschenrechtsverletzungen durch Russland in den besetzten Gebieten. Laut [OHCHR](#) wurden in den von Russland besetzten Gebieten, insbesondere in den Regionen Donezk, Kharkiv, Kherson, Luhansk, Mykolajiw und Saporischschja, «die Grundrechte und -freiheiten systematisch abgebaut, sektorübergreifende Massnahmen zur Unterdrückung von abweichenden Meinungen ergriffen, die ukrainischen Regierungs-, Verwaltungs-, Justiz- und Bildungssysteme unterwandert, russische Rechtssysteme und -rahmen aufgezwungen und die Ausdrucksformen der ukrainischen Kultur und Identität unterdrückt». Die russischen Streitkräfte gehen mehrheitlich gegen Personen vor, die vermeintlich gegen die Besetzung sind, unter anderen durch willkürliche Verhaftungen, Verschwindenlassen und Folter. In den Ende 2022 von der Ukraine zurückeroberten Gebieten ist das OHCHR besorgt über die Auswirkungen ukrainischer Strafverfolgungen aufgrund von «Aktivitäten zur Kollaboration».

5 Praxis der Schweizer Behörden

Status S seit 2022. Seit dem 11. März 2022 erhalten ukrainische Bürger*innen, die aus ihrem Land geflohen sind in der Schweiz den [S-Status](#). Mit diesem Status erhalten sie eine schnelle Aufnahme, ohne das ordentliche Asylverfahren zu durchlaufen. Dieser Status gilt, bis ihr Schutzbedürfnis endet. Es handelt sich hierbei um eine temporäre humanitäre Aufnahme von Gruppen, bei denen die Flüchtlingseigenschaft nicht geprüft wird. Im November 2023 entschied der Bundesrat, den [S-Status bis mindestens zum 4. März 2025 zu verlängern](#).